

1 Metropolen regierbar halten

2
3 Die Junge Union Köln fordert die CDU Köln dazu auf, auf Landesebenen eine Reform
4 herbeizuführen, welche es kreisfreien Städten gestattet, Teilzeitparlamente einzurichten.

5
6 Ziel: Städten ab einer gewissen Größe muss es freigestellt sein, wie sie die Arbeit in den
7 kommunalen Gremien organisieren wollen. Es muss eine Wahlfreiheit für verschiedene
8 Modelle in Abhängigkeit vom anfallenden Arbeitsaufwand geben.

9
10 Strategie: Auf Landesebene müssen die entsprechenden Regelungen angepasst werden.

11 **Antrag:**

12
13
14 Die CDU Köln beschließt, sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass in Nordrhein-
15 Westfalen Folgendes ermöglicht wird:

- 16
17 1. Kreisfreien Städten soll es freistehen, wie sie ihre Arbeit in den kommunalen
18 Parlamenten (Ehrenamt, Teilzeit) organisieren wollen. Das Land NRW legt lediglich
19 einen finanziellen Rahmen hierfür fest.
20 2. Die Entscheidung für eine solche Umstellung muss dabei an ein qualifiziertes Votum
21 (2/3 Mehrheit) aus den betroffenen Stadtparlamenten (Räte) geknüpft werden. Mit
22 gleichem Votum soll diese Entscheidung wieder rückgängig gemacht werden können.
23 3. Die Freistellungsregelung für abhängig Beschäftigte muss dementsprechend
24 angepasst werden.
25 4. Für die jeweiligen Bezirksbürgermeister sollen vergleichbare Regelungen getroffen
26 werden.

27 **Begründung**

28
29
30 Die Aufgaben, die eine große Kommune heutzutage hat, werden immer komplexer. Sie
31 stellen Verwaltung und Politik jeden Tag vor neue Herausforderungen. Rein ehrenamtliche
32 Strukturen in einer großen Kommune erlauben es nur sehr bedingt, sich mit allen
33 anstehenden Problemen intensiv und angemessen zu befassen. Nicht zuletzt die
34 Aufsichtsfunktion der Politik über die Umsetzung der Verwaltung kann zumeist nur sehr
35 sporadisch wahrgenommen werden. Auch ist die Aufsicht über einen Haushalt in der
36 Größenordnung eines kleinen Bundeslandes durch rein ehrenamtliche Mandatsträger aus
37 zeitlichen Gründen kaum zu leisten.

38
39 Hinzu kommt, dass die Vereinbarkeit von Mandat und beruflichen Engagement oftmals im
40 Widerspruch zueinander stehen. In der Abwägung zwischen der Annahme eines Mandats
41 und dem beruflichen Vorankommen bzw. einem auskömmlichen Gehalt entscheiden sich
42 heute insbesondere Menschen mit Familie und junge Menschen für ihr beruflichen
43 Engagement gegen ein politisches Mandat. Auch die heutige Freistellungsregelung für
44 abhängig Beschäftigte (Freistellungsanspruch für Mandatstätigkeit bei 50%iger Nacharbeit) ist
45 hier ein Hindernis.

46
47 Diesen Umständen muss entgegnet werden.